**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 71 (1991)
**Heft:** 11

**Rubrik:** Blickpunkte

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 17.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

## Abdankung der Ideologien?

*Francis Fukuyama,* in den USA lebender und arbeitender Forscher, hat unter dem Eindruck des zusammenbrechenden «real existierenden Sozialismus» die provokante These vom *«Ende der Geschichte»* in den Raum gestellt — und damit unter Politikern, Historikern, Philosophen und Wirtschaftsfachleuten lebhafte Reaktionen ausgelöst. Fukuyama geht von der Beobachtung aus, dass der Liberalismus, seit er als Reaktion auf die Feudalgesellschaften und absolutistischen Herrschaftsformen auf die weltpolitische Bühne trat und an Gestaltungskraft ständig gewann, selbst mannigfachen Anfeindungen ausgesetzt war und insbesondere im 20. Jahrhundert zwischen den Mühlsteinen politisch virulenter Ideologien (Bolschewismus, Faschismus in seinen verschiedenen Spielarten, erneuerter Marxismus, drohende Nuklearkatastrophe während des kalten Krieges) zerrieben zu werden drohte. Mit dem dramatischen Kollaps der auf dem marxistischen Wertfundament stehenden Institutionen und Ordnungsvorstellungen sowie mit der völligen Abwertung marxistischer Werte als Richtschnur des Handels auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene hat die neuere Geschichte in der Sicht Fukuyamas einen Kreis beschrieben und ist mit dem «klaren Triumph des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus» wieder an ihren *Ausgangspunkt zurückgekehrt*[1].

Zwar macht auch Fukuyama geltend, dass mit dem kreisförmigen Ablauf der Geschichte die Ideologien noch nicht von der Bildfläche verschwunden sind. Aber der *Ideologiewettbewerb* hat insofern eine Verarmung erfahren, als eine, eben der Liberalismus, das Rennen gewonnen und all seine Konkurrenten aus dem Markt geworfen hat. Natürlich ist diese Interpretation pointiert und überzogen, wenn der Blick global ausgeweitet wird. Liberales Denken ist auf dem Planeten Erde nach wie vor höchst unterschiedlich verbreitet und keineswegs überall dominant. Das kann auch nicht erstaunen, weil es nicht nur eine bestimmte intellektuelle Position signalisiert, sondern zudem ausgeprägte Verknüpfungen mit der *kulturgeschichtlichen Entwicklung* des Abendlandes aufweist. Aber es trifft trotzdem zu, dass der Liberalismus einen gewaltigen *Auftrieb* erfahren hat; und dies nicht zuletzt deshalb, weil seine wirtschaftliche Ausprägung, obwohl ebenfalls stetem Wandel ausgesetzt, einen effizienten Umgang mit knappen Ressourcen und damit materiellen *Wohlstand* verspricht.

Im Lichte dieser Ausgangslage stellt sich die Frage, ob der Liberalismus überhaupt als eine Ideologie, vorab als eine Wirtschaftsideologie, zu verstehen ist. Die Antworten auf diese Frage sind nicht einheitlich. Weshalb? Ideologien sind im Kern — und auf einen einfachen Nenner reduziert — *Wertsysteme.* Sie postulieren im politischen und wirtschaftlichen Verhalten der Menschen die Beachtung bestimmter Werte (Normen), die von jenen, die sie vertreten,

als Voraussetzung für die Entstehung einer humanen, menschengerechten und menschenwürdigen oder sozial akzeptablen Ordnung betrachtet wird. An Werten orientierte Entscheide (Wertentscheide) geben an, wie etwas *sein soll.* Sollen Produktionsfaktoren staatlich oder privatwirtschaftlich genutzt werden können? Welche Aufgaben sollen dem Staate zugeordnet werden? Wo verläuft die Trennlinie zwischen privatrechtlicher Autonomie und öffentlichrechtlichen Zuständigkeiten. Antworten auf solche Fragen müssen, je nach dem Wertsystem, auf das sich der Entscheidungsträger ausrichtet, unterschiedlich ausfallen. Islamische Fundamentalisten räsonieren bei der Suche nach Antworten auf normative Fragestellungen anders als kubanische Marxisten; und diese wiederum anders als ein der christlichen Ethik verpflichteter Zeitgenosse. Damit unterscheiden sich Wertentscheide grundsätzlich von Fragestellungen mit einem positivistischen Inhalt, die sich also «nur» auf die Eruierung von Kausalzusammenhängen beschränken. Was passiert in der Wirtschaft, wenn die Zinssätze steigen oder die Wechselkurse kurzfristig stark schwanken? Hier sind Wertüberlegungen nicht gefragt.

Werte als Richtlinien für Entscheidungsträger sind nun nach verschiedenen Richtungen *problematisierungsfähig:*

1. Es gibt realiter ein sehr breites und vielschichtiges Angebot an Werten und Wertsystemen. Wie hat die Auswahl jener Werte zu erfolgen, die in einer Wirtschaft allgemeine Gültigkeit haben, also in die Gesetze aufgenommen werden sollen? Es handelt sich hier um die Frage nach der *Werteselektion.*

2. Werte lassen sich *wirtschaftlich weder beweisen noch widerlegen.* Ihre Begründung reicht in die menschliche Glaubenssphäre. Deshalb ist auch kein logischer Grund dafür auszumachen, dass es der Menschheit dereinst gelingen könnte, im Paradies eines Wertekonsens' zu leben. Die Welt der Wirklichkeit ist durch die Existenz von *Wertkonflikten* geprägt. Aus diesem Grunde drängt sich die Frage in den Vordergrund, welche Ordnung den «besten» oder zumindest einen effizienten Konfliktlösungsmechanismus zur Verfügung stellt. Das äusserst schwache Konfliktlösungspotentional des real existent gewesenen Sozialismus war an seinem Untergang zumindest stark beteiligt.

3. Nicht wenige Wertsysteme gehen von einem neuen, einem idealisierten Menschen aus, der sein niederes Ego kontrolliert und schliesslich zugunsten eines irgendwie definierten kollektiven Bewusstseins völlig abstreift. Die Menschheitsgeschichte lehrt jedoch, dass solche Bilder stets Utopie geblieben sind, dass aber ihre Repräsentanten, weil der erhoffte Wandel nicht eingetreten ist, der Gefahr ausgesetzt waren — und sind —, ihre Thesen mit zunehmender Unduldsamkeit und Aggression vertreten. Die potentielle Konfliktsgefahr nimmt zu.

4. Werte sind sodann über die Zeit *nicht konstant* (Wertewandel). Eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sollte deshalb die Fähigkeit besitzen, sich, etwa im Sinne von *Poppers* «offener Gesellschaft», an sich ändernde Wertprioritäten *anzupassen.*

5. Werte können auf dem wirtschaftlichen Felde die Eigenschaft haben, die

*gesamtwirtschaftliche Effizienz* negativ zu beeinflussen. Der wirtschaftliche Wohlstand im Sinne der Verfügbarkeit über Güter und Dienstleistungen ist dann *kleiner,* als er sein könnte, wenn ein Wertsystem gewählt würde, das effizienzfördernd ist. Der Wohlstandsverlust ist dann sozusagen der *Preis,* der für die Aufrechterhaltung eines solchen Wertsystems bezahlt werden muss. Die Vermutung ist solide begründbar, dass der Sozialismus osteuropäischer Provenienz nicht zuletzt daran gescheitert ist, dass er sozusagen pausenlos von einer Versorgungskrise in die andere taumelte und sich damit seine Wohlstandsprophezeiungen als hohle Phrasen entpuppten. Und weil sich Menschen nicht von Werten ernähren können, der Magen sowie der Drang nach einem besseren Leben aber nicht warten können oder wollen, werden solche Wertsysteme à la longue instabil und können nur mit Zwangsmitteln aufrechterhalten werden. Wenn diese wegfallen, lösen sie sich in einem raschen Zerfallsprozess in Nichts auf. — Es gibt also einen Konflikt zwischen der Verwirklichung von Werten und der gesamtwirtschaftlichen Funktionalität im Sinne einer möglichst guten Nutzung knapper Produktionsfaktoren, die den «Wohlstand der Nationen» bestimmt.

Liberale Positionen weisen nun gegenüber den skizzierten Werteigenschaften einige wesentliche *Vorzüge* auf. Einmal sind die Liberalen nie von einem idealisierten Menschenbild ausgegangen. Sie nehmen den Menschen vielmehr so, wie er ist, mit seinen Stärken und mit seinen Schwächen. Und sie versuchen, seine Fähigkeiten und Eigenschaften für das System insgesamt zu fruktifizieren. Der Mensch ist zur Selbstverantwortung befähigt, vor allem innerhalb der kleinen Gruppe, in die er eingebettet ist (Familie). Und er geht mit der Nutzung knapper Güter, die sich in seinem Besitz befinden und über die er verfügen kann, sorgfältiger um, als wenn er über Einkommen und Vermögen anderer Menschen disponieren kann, also die Folgen seiner Entscheide nicht selbst zu tragen hat. Er ist in der Regel bestrebt, im Rahmen der faktisch gegebenen Möglichkeiten seinen Lebensstandard zu verbessern. Armut ist nicht mehr, wie im Mittelalter, ein akzeptierter Wert. Menschen haben sodann unterschiedliche Lebensgestaltungsprioritäten; ergo soll ihnen die Chance eingeräumt werden, in wesentlichen Bereichen ihres wirtschaftlichen Lebens nach der eigenen Façon selig zu werden, ihre Ziele auf dem Boden einer prinzipiell dezentralen Entscheidungsstruktur zu verfolgen. Dies alles — und noch einiges mehr — läuft auf eine Individualisierung der Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme, auf eine Bestimmung individueller Entscheidungs- und Handlungsräume, auf eine *Dezentralisierung* der Entscheidungsstrukturen hinaus. Es soll kein bürokratischer Demiurg existieren, der dem einzelnen Bürger vorschreiben kann, was er zu tun und was er zu lassen hat, der ihn bevormundet und schliesslich entmündigt. Der Staat ist keine Einrichtung, die gegenüber dem einzelnen eine bessere Einsicht in die «Dinge» dieser Welt oder eine höhere Potenz an Weisheit für sich reklamieren kann. Individuelle Freiheit kommt der menschlichen Natur entgegen. Die reformpolitischen Turbulenzen in Osteuropa lassen sich deshalb auch — durch diese Optik betrachtet — als eigentliche *Freiheitskämpfe* auffassen. Kommt dazu, dass dezentralisierte Systeme wesentlich höhere Anpassungsflexibilitäten haben als stark zen-

tralisierte Ordnungen; ihre Konfliktlösungsfähigkeiten sind entsprechend wirkungsvoller.

Selbstverständlich wäre es absurd zu leugnen, dass eine auf Dezentralisation abgestützte Systemarchitektur nicht auch ihre Mücken und Tücken hat, dass sie weit vom Paradies entfernt ist und dass sie sich in verschiedener Hinsicht als missbrauchsanfällig erweist. Wenn ihre Qualitäten aber an *Alternativen* gemessen werden, so braucht sie nicht in Minderwertigkeitsgefühle zu verfallen. Sie besitzt gegenüber Alternativen den grossen Vorteil, dass sie im eigentlichen Sinne des Wortes *«à la taille de l'homme»* geschneidert ist, dass sie dem Menschen nicht ständig den moralischen Zeigefinger vor die Nase hält, dass sie wesentliche Lebensgestaltungsbereiche dem einzelnen überlässt. Damit wird liberales Denken, vom Blickwinkel des Individuums aus gesehen, mit anderen Werten *partiell kombinierbar,* zumindest mit jenen, die Dezentralisation und das Effizienzkriterium nicht in schwerwiegender Weise beeinträchtigen. Es ist ein Wertesystem, das sich darauf kapriziert, dem einzelnen möglichst wenige Vorschriften zu machen, das ihm Freiräume offeriert und ihn nicht unablässig zwingt, Normen zu befolgen, die ihm wider den Strich gehen. Handelt es sich also doch um eine Ideologie?

Kommt dazu — und das liesse sich ausführlich belegen —, dass die Umsetzung liberalen Denkens in wirtschafliche Ordnungsformen und in Kriterien, an die sich die Wirtschaftspolitik zu halten hat, eine *hohe Kompatibilität* mit den Funktionsbedingungen aufweist, die dann gegeben sein müssen, wenn Effizienzanforderungen als Voraussetzung des Wohlstandes zur Debatte stehen. Auch dieser Aspekt ist keineswegs theoretisches Gefummel, sondern «blutige Wirklichkeit», weil die Akzeptanz von Werten dann dramatisch sinkt — siehe Osteuropa —, wenn der Wohlstandsverlust unerträgliche Ausmasse annimmt. Liberal denkende Zeitgenossen schauen deshalb bei der Beurteilung wirtschaftspolitischer Massnahmen in erster Linie auf die Konsequenzen im Bereich der individuellen Entscheidungszuständigkeiten sowie auf die möglichen Rückwirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Effizienz.

In Würdigung dieser Situation ist es wohl eine rein akademische bzw. begriffschirurgische Frage, ob der Liberalismus als Ideologie bezeichnet werden soll oder nicht. Es fehlen ihm jedenfalls manche Attribute, mit denen Ideologien behaftet sind. Aber auch die Liberalen kommen natürlich um Wertentscheide nicht herum, wobei ihnen allerdings mit dem individualistischen Ansatz und der Effizienzzielsetzung (von knapp verfügbaren Produktionsfaktoren soll ein «optimaler» Gebrauch gemacht bzw. es soll Verschwendung vermieden werden) ein solides *Koordinatensystem* für die Beurteilung zur Verfügung steht, ob bestimmte wirtschaftliche Massnahmen als wünschenswert zu betrachten sind oder nicht. Die Erfahrung lehrt indessen, dass eine allzu grosse Nachgiebigkeit und Kompromissbereitschaft die Gefahr in sich birgt, dass das freiheitliche System verludert, weil eben die negativen Wirkungen kleiner Sündenfälle mit ihrer Häufung in geometrischer Progression zunehmen.

Das Ende der Ideologie? Gewiss nicht! Was hingegen vorliegt, ist ein steigendes Bewusstsein für die Eliminierung von Wertsystemen oder Ideolo-

gien, die die Menschen vergewaltigen und gleichzeitig als Preis für diese Vergewaltigung einen sinkenden Lebensstandard offerieren. Schon dieses Ergebnis ist nicht gering einzuschätzen.

*Willy Linder*

[1] Vergl. dazu Fukuyama, Francis, «Das Ende der Geschichte?», in: Europäische Rundschau, Heft 4/89, Wien, S. 3 ff. In diesem Heft sind gleichzeitig verschiedene, höchst lesenswerte Autoren, die auf Fukuyamas These eingehen, aufgenommen worden.

## Steuern und lenken

Wer kann sich erinnern, mit welchen Zielen und Plänen Bundesrat und Parlament vor vier Jahren die Legislatur in Angriff genommen haben? Wenn man sich schon mit neuem Elan an den Versuch eines «Regierungsprogramms» für die nächste Periode machen will, so könnte man sich mit einer kritischen Rückschau auf Erreichtes und Verpasstes einige Illusionen ersparen. Der Mut der Verfasser des Berichtes über die Legislaturplanung 1988—1991, die Legislaturziele unter die übergreifende Leitidee des «qualitativen Wachstums» zu stellen, hat seinerzeit viel Anerkennung im Parlament und in der Öffentlichkeit gefunden. Aber gerade dieses ehrgeizige Ziel ist zweifellos nicht erreicht worden, wenn man die seinerzeit übernommene Definition beim Wort nimmt: *«Qualitatives Wachstum ist jede nachhaltige Zunahme der gesamtgesellschaftlichen und pro Kopf der Bevölkerung erreichten Lebensqualität, die mit geringerem oder zumindest nicht ansteigendem Einsatz an nicht regenerierbaren Ressourcen sowie abnehmenden oder zumindest nicht zunehmenden Umweltbelastungen erzielt wird.»*

Bei genauerem Zusehen hat man schon damals erkennen können, wie stark und wie ausschliesslich die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen vom Einsatz griffiger Lenkungsinstrumente abhängt, die vor allem den Verbrauch von Energie als wichtigster Ressource entscheidend eindämmen könnten. Der Bundesrat hatte folgerichtig, aber mit wenig politischem Gespür eine zehnprozentige Energieabgabe vorgeschlagen, die vom Parlament — nach dem Bekenntnis zum qualitativen Wachstum — alsbald blockiert wurde. Seither ist das Thema Energiebesteuerung ohne Unterlass hin und her gewendet worden. Verschiedene Varianten wurden einmal finanzpolitisch, dann wieder mit marktwirtschaftlichem Umweltschutz begründet. Ob nun eher besteuert oder gelenkt werden soll, hiess die Scheinfrage, hinter der sich die Auseinandersetzung um allfällige fiskalische Mehrerträge und deren Verwendung sehr viel handfester abspielte.

Die Pendenz wird auch das nächste Parlament intensiv beschäftigen. Noch immer sind mehrere Varianten vom Benzinzollzuschlag über die Ausdehnung der Warenumsatzsteuer und eine $CO_2$-Lenkungsabgabe bis zum Ökobonus im Spiel, was für eine rasche Entscheidungsfindung wenig Gutes verheisst. Dabei dürfte man sich in einem relativ breiten Spektrum von Mitte links bis Mitte rechts grundsätzlich

einig sein, dass über Preissignale marktwirtschaftliche Mechanismen für einen rationelleren Einsatz der Ressourcen und für ökologisch erwünschte Investitionen in Gang gebracht werden könnten. Ebenso müsste man sich darauf einigen können, dass dieser Lenkungseffekt nicht zu einer kalten Erhöhung der Staatsquote führen dürfte. Da im Moment aber ohnehin Kompensationen für Einnahmenausfälle gesucht werden und Korrekturen am ungleichgewichtigen System der direkten und indirekten Steuern zur Debatte stehen, müsste auch diesbezüglich eine mehrheitstaugliche Formel gefunden werden können. Zur Lösung der Fragen der Wettbewerbs- und der Europatauglichkeit sollte genügend Fachwissen zur Verfügung stehen.

Lenken und steuern sind nicht von ungefähr Begriffe, deren Bedeutung sich überschneiden. Mit jeder Steuer werden indirekt Lenkungseffekte erzielt, auch wenn man davon bei den traditionellen Steuern auf Konsum und auf Einkommen kaum spricht. Wäre es nicht sinnvoller, den Ressourcenverbrauch zum Gegenstand der allgemeinen Besteuerung zu machen und dafür die wohlstands- und fortschrittsträchtigere menschliche Arbeitsleistung durch Entlastungen zu honorieren, als zusätzliche Abgaben einzuziehen und via Ökobonus wieder zu verteilen?

Vorderhand lassen sich die Varianten noch gegeneinander und nach dem Motto «Nur keine Experimente» gegen den Status quo ausspielen. Mehrheitsfähig dürfte nur eine Lösung sein, die ohne fiskalische Hintergedanken ökologische Zielsetzungen mit marktwirtschaftlichen Mitteln verfolgt und die auch international vertretbar ist. Die Leitidee des qualitativen Wachstums harrt auch in der nächsten Legislatur noch der politischen Erfüllung.

*Ulrich Pfister*